

Budget - Bericht 1933.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 15. Dezember 1932.

Der Wiener Gemeinderat setzte heute die Verhandlungen über das Budget der Bundeshauptstadt^{Wien} für das Jahr 1933 fort. Zum Kapitel Finanzwesen und in der Generaldebatte führt in seinem Schlusswort STR. Dr. Danneberg aus:

STR. Kunschak hat mir gestern im Voraus seinen Tadel ausgesprochen. Ich kann mich damit umsoeher abfinden, als dieser Tadel in ein Lob meines Vorgängers eingewickelt war, den STR. Kunschak 14 Jahre lang in diesem Saale getadelt hatte. Ich will dem STR. Kunschak nicht darin folgen, dass ich Sprichwörter zitiere, obwohl man auf die Situation einige passende Sprichwörter anwenden könnte. Ich stelle nur fest, es wird hier die allgemeine menschliche Erkenntnis sichtbar, dass dem Menschen, namentlich im späteren Alter die Vergangenheit immer schöner erscheint als die Gegenwart (Lebheit bei d. Soz. dem.) Im übrigen wird man abwarten müssen. Mir bleibt nichts anderes übrig als auf meinem Posten zu arbeiten, ob das dem Stadtrat Kunschak sympathisch ist oder nicht, fast fürchte ich, dass er in einem späteren Zeitpunkt zu keinem anderen Urteil kommen wird als heute. Er hat am Schlusse seiner Ausführungen gemeint, die sozialdemokratische Verwaltung sei etwas verwerfliches. Da ich diese Verwaltung hier zu vertreten habe, ist es kein Wunder, dass er mit mir nicht einverstanden ist. Aber er hat sich die Argumentation doch zu leicht gemacht. Er hat auf der einen Seite getadelt, dass ich einfach auf dem Standpunkt stehen bleibe, den mein Vorgänger in Steuerfragen eingenommen hat, er konnte aber doch nicht überhören, was ich über die Steuergesetzgebung gesagt habe. Um das wegzuräumen, erklärte er einfach, er fasse meine Worte nur als ein Lippenbekenntnis auf. Eine solche Argumentation ist sehr bequem, hilft in der Sache aber nicht weiter. Im übrigen wunderte es mich, dass gerade STR. Kunschak mich einen demagogischen Agitator nennt. Der Vorwurf gerade aus diesem Munde passt eigentlich nicht. Aber ich muss auch das hinnehmen.

Nicht ohne Widerspruch kann ich es aber hinnehmen, dass er von einem dürftigen Budget gesprochen hat, dass er alles kleinlich, schlecht und unzulänglich findet, was im Gemeindebudget enthalten ist, während er für das Kleinlichere Schlechtere und Unzulänglichere, was in dem von seiner Partei vertretenen Bundesbudget enthalten ist, nur Entschuldigungs- und Rechtfertigungsgründe findet. Ich habe gestern den Vergleich des Gemeindebudget mit dem Bundesbudget nicht deshalb angestellt, um gegen den Bund eine Polemik zu führen, sondern um zu zeigen, auf welchem Untergrund sich das Budget und die Verwaltung der Gemeinde aufbauen muss, und um zu zeigen, dass, soviel man auch an dem Gemeindevoranschlag tadelt, wir es noch immer besser verstanden haben als der Bund, den schwierigen Zeiten Rechnung zu tragen. Selbstverständlich ist heute Arbeitsbeschaffung leider in geringerer Masse möglich als vor zwei Jahren, aber im Verhältnis zu anderen Körperschaften und insbesondere auch zum Bund steht die Gemeinde noch immer weit voran. Die Meinung des Gemeinderates Kunschak, der Bund habe keine Verpflichtung zu Investitionsarbeiten, kann nur auf einem unerklärlichen Irrtum beruhen. Einen solchen Standpunkt hat der Bund selber nie vertreten, er wäre auch bei den tausend Möglichkeiten und Verpflichtungen, die eine so grosse Verwaltung zu Investitionen hat, absurd. Tatsächlich hat auch der Bund in den letzten Jahren Investitionen gemacht, zum Beispiel im Jahre 1930 solche im Betrag von 248 Millionen und ist im Jahre 1933 auf 6 Millionen herunter

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

gekommen. Dieser Abbau schaut ganz anders aus als der Abbau, der leider auch bei der ^{In Besprechung der Anleihemöglichkeiten der Gemeinde} Gemeinde notwendig war. Wenn STR. Kunschak gemeint hat, die Gemeinde könne sich leichter bewegen als der Bund, da der Bund alles Mögliche verpfändet habe und verschuldet sei, die Gemeinde aber nicht, so war das wieder ein Kompliment für den so lange geschmähten Stadtrat Breitner. Aber Stadtrat Kunschak irrt in den Folgerungen, wenn er meint, die Gemeinde müsse eine Anleihe auch bekommen, wenn sie sich nur entschliesse, sie aufzunehmen. Aber selbst wenn die Gemeinde eine Anleihe aufnehmen wollte, was sie sich natürlich sehr überlegen müsste, könnte ihr niemand eine solche Zusage bis Ende Februar machen und ein Bericht, wie ihn STR. Kunschak bis Ende Februar in seinem Antrag verlangt, könnte deshalb nur feststellen, dass der Kredit nicht zu bekommen sei. Eine solche Feststellung wäre für den Gemeindegeldkredit gewiss nicht zuträglich. Der Antrag hat umso weniger Berechtigung, als es heute sowohl für den Bund wie für die Gemeinde unmöglich ist, eine Schillinganleihe zu bekommen, solange der endgültige Schillingwert noch nicht feststeht. Es wäre daher das Richtigste, wenn STR. Kunschak seinen Antrag zurückziehen wollte.

STR. Kunschak hat in seiner Besprechung der Steuerpolitik der Gemeinde nicht mehr wie in vergangenen Jahren grundsätzliche Einwendungen gegen diese Steuerpolitik erhoben, sondern dazu nur sozusagen einige Randbemerkungen gemacht. Die Undurchführbarkeit seines Antrages auf Rückvergütung der Fürsorgeabgabe für Exportwaren ist hier schon wiederhol auseinander-gesetzt worden. Es wäre das eine Massnahme, die man vielleicht für ganz Oesterreich erwägen könnte, die aber für Wien isoliert eine viel geringere Bedeutung hätte als für Oesterreich, da die auf den Exportwaren lastenden Produktionskosten und die sich aus der Zollpolitik der anderen Staaten ergebenden Belastungen gegenüber den 2 Prozent Verbilligung, die die Refundierung der Fürsorgeabgabe darstellen würde, eine ausschlaggebende Rolle spielen. Ganz abgesehen davon, dass in der Wiener Industrie zahlreiche Rohstoffe und Halbfabrikate verwendet werden, auf denen die Fürsorge-abgabe der anderen Länder liegt.

Zu dem Antrag des STR. Kunschak betreffend einer Revision des Gesetzes über die Bodenwertabgabe von unverbautem Grund erklärt STR. Dr. Danneberg, es sei richtig, dass die Pächter nach diesem Gesetze keine Parteienstellung im Verfahren haben. Nicht richtig ist es aber, dass dies ein Schaden für den Pächter sein muss, da auch der Eigentümer im Gegensatz zu den Ausführungen des STR. Kunschak ein Interesse an der Bewertung seines Grundes hat. Die Schätzungen der Gemeindegründe erfolgen nach einem bestimmten System unter Rücksichtnahme auf die Schätzungen der Nachbargrundstücke. Doch ist es zuzugeben, dass manche Bestimmungen des Gesetzes einer Klärung bedürfen. Der Finanzreferent empfiehlt, diesen Antrag dem Finanzausschuss zuzuweisen.

STR. Dr. Danneberg wendet sich sodann dagegen, dass der dem Gemeinderat vorliegende Antrag über die Nahrungs- und Genussmittelabgabe als eine Demonstration bezeichnet werden könne. Die Annahme des Antrages erspart dem Gast- und Schankgewerbe die Nachzahlungen. Hinsichtlich des Gesetzes über die Nahrungs- oder Genussmittelabgabe liegen nicht wie STR. Kunschak sagte, Vereinbarungen zwischen Gemeinde und der Regierung in dem Sinne vor, dass man die Gemeinde für das bestehende Gesetz verantwortlich machen könnte. Die Zustimmung der Regierung zu der Novelle war seinerzeit nur zu erhalten, wenn die Gemeinde der Formulierung des Gesetzes, wie sie heute vorliegt, zustimmte und wenn sie ihre Zustimmung zur Ausschaltung des freien Ermessens gab. Das bedingt natürlich ein so mechanische Staffellung, wie sie im Gesetz nun enthalten ist. Eine Aenderung dieses Gesetzes ist sehr schwer möglich, weil dazu nicht nur die Zustimmung des Wiener Landtages, sondern auch die Zustimmung der Bundesregierung und des Parlaments notwendig wäre.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am

Dem Antrag des STR. Kunschak betreffend die Wertzuwachsabgabe stimmt der Finanzreferent nicht zu, weil die Annahme des Antrags einen wesentlichen Entfall an Einnahmen bringen würde, und weil man keineswegs im Einzelnen unterscheiden kann, ob es sich um Spekulationskäufe handeln kann oder nicht. Bekanntlich war der Hausbesitz vor dem Krieg mit Hypotheken schwer belastet, im Wiener Durchschnitt mit etwa 70 Prozent. Durch die Geldentwertung ist diese Belastung verschwunden und die Hauseigentümer haben so erst das wirtschaftliche Eigentum ihrer Häuser erworben, die ihnen früher nur formalrechtlich gehört haben.

Auch den Antrag des STR. Kunschak betreffend die Bodenwertabgabe vom verbauten Grund ersucht der Finanzreferent abzulehnen. Infolge der Beengtheit unserer Mittel können wir heute keine neuen Zweckbestimmungen machen, andererseits steht den Hausherrn die grössere in kleinere Wohnungen umwandeln wollen, der Weg zu den Sparkassen und auch zu der Zentralsparkasse offen. Kredite aus Gemeindemitteln könnten nur dann in Frage kommen, wenn die Gemeinde wieder eine Verfügung über den ganzen Wohnungsmarkt bekäme.

STR. Dr. Danneberg beantwortet sodann die Fragen des GR. Dr. Hanke. Was zunächst den Betrag anlangt, der für die Einhebung der Bundessteuern ins Gemeindebudget eingesetzt ist, so wurde dieser Betrag - es sind 4,5 Millionen - so errechnet, dass ^{die} $\frac{1}{3}$ Prozent, auf die die Gemeinde nach dem bestehenden Gesetze Anspruch hat, von jenem Betrage angenommen wurden, ~~den~~ das Finanzministerium selbst als Ertrag an Wiener Bundessteuern für das nächste Jahr angibt. Der Betrag von eineinhalb Millionen, der in

den Bundesvoranschlag eingesetzt ist, kann nicht auf d. Gesetz gegründet werden. Für die Ertragsanteile des Bundes hat die Gemeinde einen Betrag eingesetzt, der um ca. 20 Millionen höher ist als der in den Bundesvoranschlag eingesetzte Betrag. Auch hier ist das absolute Recht auf Seite der Gemeinde. Das Abgabenteilungsgesetz enthält die klare Bestimmung, dass die Zuweisungen aus den Ertragsanteilen nicht kleiner sein dürfen als ^{sie} im Jahre 1923 waren, vermehrt um 30 Prozent. Auf dieser Grundlage haben wir den Betrag eingesetzt. In ~~das~~ Bundesbudget wurde auf Grund der präliminierten Steuern für das nächste Jahr ein Betrag ohne Rücksicht auf diese Garantiebestimmung eingesetzt.

Wir sind selbstverständlich berechtigt, den von uns angenommenen Betrag in Anspruch zu nehmen und haben diesen Anspruch auch bei der Regierung geltend gemacht.

Zu dem Antrag des GR. Dr. Hanke betreffend die Zentralsparkasse bemerkt STR. Dr. Danneberg, dass ein Untersuchungsausschuss die Einbringlichkeit von Darlehen gar nicht untersuchen könnte. Es gibt da auch nichts zu untersuchen. Die Zentralparkasse hat ihre berufene Vertretung in der Verwaltung, wie sie nach dem Statut eingesetzt ist. Auch den Herrn der nationalsozialistischen Partei ist das Recht angeräumt an der Verwaltung teilzunehmen. Sie haben wie GR. Hanke selbst erklärt hat, dieses Recht nicht in Anspruch genommen. Das gibt aber doch wieder nicht das Recht die Redlichkeit der Verwaltung der Zentralsparkasse anzuzweifeln und einen Bußmord an ihr zu begehen. Der Referent ersucht daher diesen Antrag abzulehnen. In einer Erwiderung auf die Rede des STR. Frauenfeld bemerkt STR. Dr. Danneberg, auch die Sozialdemokraten sind nicht der Meinung, dass die Weltwirtschaftskrise eine Beschwörungsformel oder ein von Gott gesandtes Uebel sei, sie halten diese Erscheinungen vielmehr als ein aus dem Mechanismus der kapitalistischen Entwicklung entspringendes Uebel (Zwischenrufe). Auch wir sind der Meinung, dass aus dieser Krise nicht das hervorgehen kann, was gewünscht ist, sondern dass aus ihr, je furchtbarer sie ist und je länger sie dauert, etwas neues und etwas anderes erwachsen muss. Wer diese Dinge untersucht,

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am

muss sie zunächst richtig erkennen. Man erkennt sie aber nicht richtig, wenn man die Gründe des Übels nicht in dem Wirtschaftsmechanismus dieser Gesellschaftsordnung sondern in politischen Gründen sucht. Nicht die Demokratie ist, wie STR. Frauenfeld meinte, die Schuld dieser Krise. Die Krise besteht ebensowohl in den Ländern der Demokratie wie in denen des Faschismus und der Diktatur. (Zwischenrufe bei den Nat. soz.-GR. Mühlberger: Und in Moskau!) In Moskau gibt es vor allem keine Arbeitslosen wie in der kapitalistischen Welt, dort ist eine Planwirtschaft aufgebaut... (STR. Frauenfeld: Die Rote Fahne wird sich über Sie freuen!) nein, sie wird sich nicht über mich freuen, sowenig Sie sich über mich freuen (Lebh. Heiterkeit bei den Soz. dem.) Es handelt sich hier um wirtschaftliche Tatsachen (GR. Mühlberger: Die von den Juden heraufbeschworen werden). Von den ^{kapitalistischen} Juden und von den kapitalistischen Ariern. Sowenig diese Krise eine demokratische Erscheinung ist, so wenig ist sie eine jüdische Erscheinung, sondern sie ist eine kapitalistische Erscheinung. Der Kapitalismus ist eine ^{inter-}internationale Angelegenheit. (Lebh. Beifall b. d. Soz. dem.) Nur wenn man das erkennt, wird man auch die richtigen Mittel im Kampf gegen den Kapitalismus anwenden können. (GR. Frauenfeld: Sie führen 30 Jahre lang den Kampf gegen den Kapitalismus!) Ja, der Kampf gegen den Kapitalismus dauert lange und Sie haben noch nicht den Beweis erbracht, dass Sie ihn in kürzerer Zeit erfolgreich zu führen vermögen (Lebh. Beifall b. d. Soz. dem.) Es wird sich erst zeigen, wie lange Sie den Kampf gegen den Kapitalismus führen (GR. Frauenfeld: Solange wie Sie nicht!) Ich ^{glaube}, Sie werden ihn nicht solange führen, weil Sie dazu keine Gelegenheit haben werden (Lebh. Heiterkeit und Beifall bei den Soz. dem.) STR. Frauenfeld hat gestern eine ganze Reihe sehr wichtiger Tatsachen über die kapitalistische Entwicklung und ihre Wirkungen angeführt. Er verwechselt nun mancherlei Dinge (GR. Mühlberger: Die Ihnen unangenehm sind) Nein. Wenn ich sehe, dass sich jemand bemüht auf den richtigen Weg zu kommen, ist mir das nur sympathisch. Und wenn der Nationalsozialismus vom Marxismus etwas lernt, wird das nur nützlich sein (Heiterkeit und lebh. Beifall b. d. Soz. dem.) Aber vorläufig sind wir noch nicht soweit, wie die Ausführungen des STR. Frauenfeld ^{beweisen}. STR. Frauenfeld hat gemeint, es wäre die Pflicht der Gemeinde gewesen, in den vergangenen Jahren Arbeit zu schaffen. Ich habe gestern schon daran erinnert, dass die Gemeindeverwaltung seit dem Ende der Inflation Investitionen von einer Milliarde Schilling gemacht habe. Die städtischen Unternehmungen von beinahe ⁵⁰⁰ Millionen. Das ist für die Wiener Verhältnisse eine gigantische Summe (Zwischenrufe) Das hat auch seine Wirkung gehabt, dass sich die Arbeitslosigkeit in Wien ^{wesentlich} langsamer entwickelt hat als in den Ländern ausserhalb Wiens. Zur Arbeitsbeschaffung braucht die Gemeinde Mittel und daher darf derjenige der das wünscht, auf der anderen Seite nicht von Uebersteuerungen reden. STR. Frauenfeld hat auch erklärt, er wolle positive Kritik üben. Ich muss mich wirklich fragen, was positiv an seiner Rede war (GR. Mühlberger: Das haben Sie nicht begriffen! - Zwischenrufe) Dann weiss ich nicht, wozu STR. Frauenfeld seinen Vortrag hier gehalten hat. Im übrigen war mir das, was er vorgetragen hat nicht neu, denn ich habe es erst von ein paar Tagen im ^{der} nationalsozialistischen Zeitschrift "Land und Gemeinde" gelesen. Ich war daher mit den Gedankengängen, die er gestern hier vertreten hat, schon vertraut. (Schallende Heiterkeit bei den Soz. dem.) STR. Frauenfeld hat auch von ^{un-}verantwortlichen Leuten in der Wiener Verwaltung gesprochen. Er sollte das nicht sagen. Es wäre natürlich viel bequemer, die Verwaltung

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am

der Stadt so zu führen, wie es die Nationalsozialisten zum Beispiel in Koburg gemacht haben, wo sie einfach erklärt haben, das Budget ist nicht ausgeglichen, die Aufsichtsbehörde soll einfach dekretieren, was für Steuern eingehoben werden. In Oesterreich gibt es kein Gesetz, das eine solche Taktik erlauben würde, Und wenn es ein solches Gesetz gäbe, wäre es unverantwortlich, es so anzuwenden. Eine Mehrheit, die von der Bevölkerung zur Verwaltung berufen ist, muss den Mut finden, das zu tun, was sie für notwendig hält. Das können unter Umständen auch harte Tatsachen sein. Dafür muss aber die Mehrheit die Verantwortung zu tragen bereit sein. Sonst diskreditiert sie die Demokratie. Das wünschen Sie. Wir wünschen es nicht, darum tragen wir die Verantwortung (Lebh. Beifall b. d. Soz. dem.) Alle drei Redner der nationalsozialistischen Partei haben von dem Urteil des Volkes gesprochen, das angerufen werden müsse. Erst im April des heurigen Jahres ist das Urteil des Volkes angerufen worden und das Ergebnis der Entscheidung ist der heutige Gemeinderat. Die heutige Gemeinderatsmehrheit hat seit 14 Jahren gezeigt, dass sie dieses Urteil nicht zu scheuen hat. Sie hat sich immer diesem Urteil gestellt und sie wird auch in Zukunft diese Entscheidung nicht zu scheuen haben (Lebh. anhaltender Beifall b. d. Soz. dem.) - Zwischenrufe.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des Voranschlages der Verwaltungsgruppe II angenommen. (GR. Weikert (nat. soz.) macht anhaltend Zwischenrufe.)

Bürgermeister Seitz : Vielleicht würden die Herren so freundlich sein, diesem Herrn, der als Letzter in der letzten Bank sitzt, ein wenig parlamentarische Formen beizubringen.

STR. Frauenfeld (nat. soz.) Parlamentarische Formen werden wir uns nie angewöhnen !

Bürgermeister Seitz : Wenn Sie sich mit ihm befassen, werden Sie bald sehen, dass da etwas nicht stimmt.

GR. Dr. Hanke (nat. soz.) : Sie haben als Vorsitzender nicht derartige Bemerkungen zu machen!

Bürgermeister Seitz : Ich habe als Vorsitzender die Pflicht, den GR. Weikert aufmerksam zu machen, dass er sich hier im Saal der Ordnung gemäss zu benehmen hat. (Zwischenrufe bei den Nat. soz.)

Die Anträge des Stadtsenates betreffend den Verzicht auf die Nachzahlung der Nahrungs- und Genussmittelabgaben und die Verwendung der Eingänge der Wasserkraftabgabe in den Jahren 1933 bis 1935 für die WAG werden abgenommen.

Der Antrag Kunschak ^{auf} Revision des Gesetzes betreffend die Bodenwertabgabe wird dem Magistrat zur Prüfung und Berichterstattung zugewiesen, die übrigen Anträge Kunschak und der Antrag Dr. Hanke werden abgelehnt.

Damit ist die Generaldebatte und die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe II beendet.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VI. Blatt

Wien, am

Die Verhandlungen über das Kapitel " Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform " leitet STR. Speiser mit folgendem Bericht ein:

Den heutigen Verhältnissen entsprechend, war die Gemeindeverwaltung schon im Voranschlag für das Jahr 1932 gezwungen, die Personalausgaben, die im Jahre 1931 noch rund 188.1 Millionen Schilling betrug, auf 184.3 Millionen Schilling zu senken. Für das Jahr 1933 sieht der Voranschlag 180.8 Millionen Schilling Personalausgaben vor. Es soll also gegenüber den Ausgaben des Jahres 1931 ein Ersparnis von 7.3 Millionen Schilling, gegenüber den voraussichtlichen Ausgaben des Jahres 1932 ein Ersparnis von weiteren 2 Millionen Schilling eintreten.

Infolge der durch die Krise erzwungenen Einschränkungen der Sachauslagen hat sich das Verhältnis der Sachauslagen zu den Personalauslagen immer ungünstiger gestaltet. Im Jahre 1930, das den Höchstaufwand für Personal brachte, sind 41.85 %, im Jahre 1931 43.77 %, im Jahre 1932 49.10 % der Gesamtauslagen der Gemeinde für Personalausgaben verwendet worden. Aus diesen Prozentsätzen sieht man, dass der Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben der Gemeinde mit der Möglichkeit, die Sachauslagen der Gemeinde, das heisst die Leistungen der Gemeinde für die Bevölkerung zu erhöhen oder mit der Notwendigkeit, diese Sachauslagen einzuschränken, im engsten Zusammenhang steht. Da im Jahre 1933 die Sachauslagen, besonders die Ausgaben für den Wohnungsbau, neuerlich eingeschränkt werden müssen, steigt damit der Anteil der Personalauslagen an den allgemeinen Ausgaben auf 50.23 %.

Daraus ergibt sich der zwingende Schluss, dass auf dem Gebiete der Personalausgaben grösste Sparsamkeit walten muss. Es wird also leider in der nächsten Zeit nicht möglich sein, die bestehende Aufnahmesperre aufzuheben. Es ergibt sich vielmehr durch Einschränkung der Sachauslagen ein gewisser Ueberstand an Personal, insbesondere in den technischen Gruppen. Es zeigt sich nun, dass die Vorsicht, die die Gemeinde bei der Aufnahme von neuem Personal geübt hat, wohl begründet war.

Der Voranschlag enthält für Nebenbezüge und Dienstkleider eine weitere Einschränkung um 1 Million Schilling. Die Vorlage über diese Ersparung wird den Gemeinderat demnächst beschäftigen. Es wird vorgeschlagen, dass die Nebenbezüge, von ganz geringfügigen Ausnahmen abgesehen, für das Jahr 1933 einheitlich um 10 % oder etwa um 600.000 Schilling gekürzt werden. Die Vorlage wird eine weitere Ersparung von 400.000 Schilling beim Aufwand für die Dienstkleider enthalten. Es soll nämlich jede Dienstkleidungsart einmal um ein Jahr später ausgegeben werden. Auch bei der Gebarung mit den Dienstkleidern, die im Eigentum der Gemeinde verbleiben, wird mit grosser Sparsamkeit vorgegangen werden. Die Verhandlungen mit dem Personal werden voraussichtlich in wenigen Tagen beendet sein.

Der Voranschlag für das Jahr 1933 ist auf jenem Stand aufgebaut, den die Gemeinde am 1. August 1932 festgestellt hat. Das waren 24.644 aktive und 10.852 Pensionsparteien, zusammen also 35.496 Personen. Am gleichen Stichtag des Vorjahres gab es 25.871 aktive und 10.468 Pensionsparteien. Der Gesamtstand mit Einschluss der Pensionisten ist also im Verlauf eines Jahres um 843 gesunken. Die Zahl der Aktiven hat um

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VII. Blatt

Wien, am

1.227 abgenommen, die Zahl der Pensionisten hat sich allerdings um 384 erhöht. Zu diesen Aktiven und Pensionisten der Hoheitsverwaltung kommen noch die Beamten und Bediensteten der Unternehmungen. Die Zahl der aktiven Beamten der Unternehmungen betrug am 1. August 1932 2.609, die der Bediensteten 20.173, zusammen 22.782. Die Unternehmungen haben 1232 Pensionisten aus dem Beamtenstand und 8.167 Pensionisten aus dem Stande der Bediensteten, daher 9.399 Pensionsparteien. Der Gesamtstand von Aktiven und Pensionisten bei den Unternehmungen beträgt daher 32.171 und der Gesamtstand sämtlicher Angestellten und Pensionisten der Gemeinde 67.700.

Die Gemeinde hat in der Hoheitsverwaltung noch immer einen gewissen Ueberstand an Angestellten, der sich aus der Auflassung einiger Anstalten und aus der Standesverminderung der Gemeindewache ergeben hat. Dieser Ueberstand ist in einer Personalreserve zusammengefasst. Die Personalreserve wird jeweils dort eingesetzt, wo sich dringende, aber vorübergehende Aufgaben ergeben. Die Zahl der in der Personalreserve befindlichen Angestellten nimmt ständig ab, da diese auf freiwerdende Posten überführt werden. Es ist wohl anzunehmen, dass die Personalreserve gegen Ende des Jahres 1933 aufgesogen sein wird. Deshalb sind auch im Voranschlag für diese Personalreserve heuer nur mehr 350.000 Schilling gegen 650.000 Schilling im Vorjahr eingesetzt.

Die Krankenfürsorgeanstalt und die Krankenkassa der Strassenbahnbediensteten, die sich eine Zeit lang in schwächlichen Verhältnissen befanden, sind vollkommen ins Gleichgewicht gebracht worden. Die Darlehensstelle der Gemeinde, durch die die Gemeindeangestellten für dringende Fälle Geld zu 6 %igen Zinsen ohne Bürgen und Polizzen oder sonstigen Nebenspesen erhalten, ist heute ebenfalls eine eingelebte und wohlthätig wirkende Institution. Schwierigkeiten ergeben sich leider noch immer bei der Pensionskassa der Kollektiverträgtler. Hier werden Reorganisationsmassnahmen getroffen werden müssen. Verhandlungen über die notwendigen Reformen sind bereits eingeleitet und werden wohl bald zu einem Ziele führen.

Allen Angestellten der Gemeinde und ihrer Unternehmungen gebührt auch heuer wieder der Dank der Gemeindeverwaltung für ihre eifrige und erfolgreiche Mitarbeit. (Beifall bei der Mehrheit.) Die Gemeindeverwaltung erwartet, dass gerade in der jetzigen schweren Zeit alle Angestellten allen Reformen, die auf eine Verbesserung und Verbilligung der Verwaltung hinzielen, volles Verständnis entgegenbringen, dass sie aber insbesondere in diesen schweren Zeiten der gesamten Bevölkerung so weit es nur geht mit Rat und Tat zur Seite stehen. (Beifall bei den Soz. dem.)

GR. Stöger (christl. soz.) bezeichnet den gegenwärtigen Heeresminister Vaugoin als den Initiator und Schöpfer des modernen Dienst- und Besoldungsrechtes der städt. Angestellten. Er beschwert sich über die Auslegung verschiedener Bestimmungen der Dienstordnung durch den Personalreferenten zum Schaden der Kriegsinvaliden. Die Kriegsinvaliden, die schwere Blutopfer für das Vaterland und für diese Stadt gebracht haben, werden unter Hinweis auf die schwierige Finanzlage geschädigt und sie müssen zur gleichen Zeit sehen, wie die Partei, die angeblich die Vertretung des Proletariats gepachtet hat, den Kindern von schwerreichen Leuten Schulbücher schenkt und auf Kosten der ausgebluteten Steuerträger reichen Leuten kostbare Windelpaketgeschenke ins Haus nachträgt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VIII.

Wien, am

Wenn dem scheidenden Finanzreferenten im Namen des städt. Personales für die geordnete Führung des Gemeindehaushaltes in schweren Zeit gedankt wird, so entspricht es den elementarsten Forderungen der Gerechtigkeit, auch der unvergesslichen Tätigkeit Dr. Sepels zu gedenken, der letzten Endes die Fortführung des Gemeindehaushaltes überhaupt ermöglicht hat. An den neuen Finanzreferenten sei bei Beginn seiner Amtstätigkeit der Appell gerichtet, mit der bisherigen Gepflogenheit zu brechen, bei auftauchenden finanziellen Schwierigkeiten einfach die Bezüge des Personales herabzusetzen. Der vielfach überaus komplizierte Betrieb der Verwaltung und die mit der Aufnahmsperiode zusammenhängende Arbeitsintensivierung fordert von den städt. Angestellten die äusserste Anspannung ihrer Kräfte. Ist der Personalaufwand für die Wirtschaft nicht mehr tragbar, dann müssten endlich jene Betriebe, die der Privatwirtschaft entzogen wurden, an diese zurückgegeben werden. Dadurch könnte der Personalstand um einige hundert herabgesetzt und der Personalaufwand auf viele Millionen Schilling herabgedrückt werden. Der Redner weist auf den stetigen Geburtenrückgang in Wien und erklärt es als ein Gebot der Stunde, dass die Gemeinde, sobald die finanziellen Verhältnisse es nur irgend wie gestatten, das Los der kinderreichen Familien erleichtern möge. Er stellt nachstehende Anträge:

Die Dienstordnung für die Angestellten der Gemeinde Wien ist dahin abzuändern, dass die Mitglieder der Personalkommission aus dem Stande der Gemeindeangestellten von den Angestellten selbst in unmittelbarer, freier und geheimer Wahl nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechtes gewählt werden. Der Magistrat wird beauftragt, einen diesbezüglichen Entwurf im Einvernehmen mit allen Gewerkschaften der Gemeindeangestellten auszuarbeiten und ehestens dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die Satzungen der Krankenfürsorgeanstalt, der Angestellten und Bediensteten der Gemeinde Wien sind dahin abzuändern, dass die Mitglieder aus dem Stande der Angestellten und Bediensteten von diesen selbst in unmittelbarer, freier und geheimer Wahl nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechtes gewählt werden. Der Magistrat wird beauftragt, einen diesbezüglichen Entwurf im Einvernehmen mit allen Gewerkschaften der Gemeindeangestellten auszuarbeiten und ehestens dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Der Abzug der Beiträge für den Verband der städt. Angestellten von ihren Gehaltsbezügen hat vom 1. Jänner 1933 an zu unterbleiben.

Redner schliesst: Die Aera Breitner - Speiser ist vollendet, die Aera Danneberg - Speiser beginnt. Möge der Personalreferent die gesamte Verwaltung und Gebarung seiner Verwaltungsgruppe umstellen nach dem Wahrwort, das auch für Gemeinde volle Geltung hat: Gerechtigkeit ist die Grundlage des Staates! Dem Voranschlag einer Personalverwaltung, die das Parteiinteresse höher stellt als die Gerechtigkeit, können die Christlichsozialen nicht zustimmen. (Beifall bei den Christl. soz.)

GR. Scholz (nat. soz.) weist darauf hin, dass, während alle Ausgabeposten im Gemeindehaushalt sinken, die Bezüge der gewählten Funktionäre die alte Höhe beibehalten. Die Not dieser Stadt dringt nicht in die Salons und die Arbeitsstuben des Bürgermeisters und der amtsführenden Stadträte. Die Partei des Redners könne der Äusserung des Bürgermeisters, dass jeder Funktionär wisse, was er in dieser schweren Zeit zu

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

IX. Blatt

Wien, am

tun habe, nicht vertrauen, und wiederhole daher den Antrag:

Die im Voranschlag 1933 für die Bezüge und Gebühren der gewählten Funktionäre der Gemeinde Wien veranschlagten Summen werden um 50 von 100 herabgesetzt.

Es gibt in diesem Saale gewiss nicht einen Menschen, der von der Notwendigkeit der Bezirksvertretungen überzeugt wäre. Die ganze Arbeit werde von den Magistratsbeamten gemacht. Die Bezirksvertretungen seien nichts anderes als eine Art demokratisch - parlamentarische Augenauswischerei, deshalb müssen ihre Kosten herabgemindert werden.

Der Redner stellt den Antrag:

1. Die kostenlose Ausgabe von Fahrtausweisen für die gewählten Funktionäre wird ab 1. Jänner 1933 eingestellt.

2. Die im Voranschlag 1933 enthaltene Pauschgebühr an die Strassenbahnen wird gestrichen.

In einer Besprechung der Gehaltspolitik der Gemeinde führt der Redner weiter aus, dass es mit der Angestelltenfreundlichkeit der Gemeinde sehr windig aussehe. Als der Steuersegen in dieser Stadt so reich floss, dass selbst STR. Breitner nicht mehr wusste, was er damit anfangen soll, blieb nichts anders übrig, als auch den Angestellten der Gemeinde Wien einen Brocken hinzuwerfen. In Wirklichkeit sind sie kaum über 60 Prozent des Vorkriegsstandards gekommen. Sie sind zwar den Angestellten anderer Gebietskörperschaften in der Bezahlung etwas voraus, dafür aber wird ihre Arbeitskraft bis zum Aeussersten ausgebeutet. Im Uebrigen geht man getzt daran, auch die Bezüge der städt. Angestellten zu beschneiden. Dabei bedient man sich des Verbandes der Angestellten der Stadt Wien, einer Art Unternehmergewerkschaft, die alles tut, was der Dienstgeber will. Die Führung der Gewerkschaft liegt in der Hand einer Reihe alteingesessenen ultraroten Bonzen. Sie macht sich auch sehr gut bezahlt. So bezieht der Präsident des Verbandes Rumler an Dienstbezügen monatlich nicht weniger als 1200 Schilling, obwohl er das Amt seit Jahren nie gesehen hat, und ausserdem von der Gewerkschaft monatlich 800 Schilling. (Rufe :Hört - Hört bei den Nat. soz.) Ungefähr 60 bis 70 schwer bezahlte Unterhüptlinge sitzen ebenfalls an dieser Futterkrippe. Zu ihnen gehört der Vizepräsident Reder, der als Gemeinderat seine Gebühren bezieht und die Dienstgeberinteressen vertritt. Als Funktionär des Verbandes bekommt er monatlich 600 Schilling. Nebstbei ist er Oberamtsgehilfe, macht zwar keinen Dienst, bekommt aber seinen Gehalt. Man kann sein Monats-Einkommen auf 1200 Schilling schätzen. Die Einhebung der Mitgliedsbeiträge für Ihre Monopolgewerkschaft besorgt die Gemeinde. Es gehen da jährlich für die Gewerkschaft etwa 3/4 Millionen Schilling ein. Die Einhebung der Gewerkschaftsbeiträge durch die Gemeinde ist ganz ungehörig. Jetzt verlangen Sie eine Aenderung der Gebührenvorschriften; schon die lineare Kürzung der Ueberstunden ist unsozial und ungehörig, da sie den wirtschaftlich Schwächsten trifft. Das Recht des Dienstkleiderbezuges, das etwa 100 Jahre alt ist, wollen Sie ebenfalls kürzen. Das ist ebenfalls ein ganz ungehöriger Lohnraub. Den Schulwarten und Amtsgehilfen wollen Sie ganz lächerliche Beträge für die abgelösten Dienstkleider geben, so für einen Mantel 15 Schilling, für eine Kappe 4 Schilling, für einen Winteranzug 32 Schilling und so weiter. (Zwischenrufe bei dem Nat. soz.: Das sind ja Tandelmarktpreise !) Der Redner stellt den Antrag, die in der Ausgabepost für Dienstkleider im Voranschlag für 1933 angegebene Summe

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

X. Blatt

Wien, am

für den Sachaufwand der Angestellten und Bediensteten der Gemeinde Wien auf den im Jahre 1931 für diesen Zweck ausgeworfenen Betrag zu erhöhen. Der Redner beschäftigt sich dann mit der Heimkehrerfrage und verlangt, dass diese endlich einmal energisch geregelt werden müsse. Ganz ungehörig ist, dass die Gemeinde an Beamte mit Schadenersatzansprüchen herantritt. Dann beschäftigt sich der Redner mit den städt. Fachkonsulenten und bezeichnet diese als Parteibuchbeamte der sozialdemokratischen Partei. Der sozialdemokratischen Mehrheit, schliesst der Redner, ist es vorbehalten gewesen, die sozialen Errungenschaften der Angestellten und Bediensteten schrittweise abzubauen. Sie haben die Dienststunden von 6 Stunden auf 7 Stunden verlängert, die Pensionen von 100 Prozent auf 67 Prozent herabgesetzt, Sie haben die Bezüge um einen halben Monatsbezug gekürzt, Sie haben bereits alle Nebengebühren um 10 Prozent gekürzt, Sie haben die Pensionsfondsbeiträge neu eingeführt und diese neu eingeführten Beiträge im Jahre 1932 um 3 Prozent erhöht, Sie haben die Personaleinkommensteuer, die früher von der Gemeinde getragen wurde, auf die Angestellten überwältzt, Sie haben die Urlaube gekürzt, die Arbeit intensiviert und jetzt wollen Sie den Angestellten und Bediensteten die Dienstkleider nehmen. Durch diesen Abbau der sozialen Errungenschaften der Angestellten und durch diesen Lohnraub haben Sie sich bereits das Vertrauen der weitesten Kreise der Angestellten verscherzt; wir müssen deshalb den Voranschlag ablehnen.

GRtin Schlösinger (chr. soz.) verweist darauf, dass die Christlichsozialen immer schon für Sparsamkeit in der Verwaltung eingetreten sind, allerdings immer den Standpunkt vertreten haben, dass am richtigen Ort gespart werden müsse. Auf dem Gebiete des Schulwesens darf aber Sparsamkeit nur mit allergrösster Vorsicht platzgreifen. Heute, wo es einem Grossteil der Bevölkerung nicht möglich ist, der Jugend materielle Güter zu bieten, gewinnen die geistigen Güter besonders an Bedeutung. Es wäre daher eine der heiligsten Pflichten der Gemeinde, den Kindern des Volkes eine möglichst gute Erziehung zu geben. Sparsammassnahmen müssten vor der Schule Halt machen. Tatsächlich haben aber in Wien die Sparsammassnahmen im Schulwesen unter den österreichischen Ländern einen Rekord erreicht. Die Schülerzahl ist von 1927 um 25.000 gestiegen, die Lehrerzahl in derselben Zeit um 810 gesunken, statt dass man hätte trachten müssen, ^{zumindest die durch} Tod und Pensionierungen entstandenen Lücken auszufüllen. Es ist sonderbar, dass diesen Bestrebungen gegenüber die Schulbehörde entweder stumm bleibt oder ihnen nur einen sehr schwachen Widerstand entgegensetzt. Seit dem Jahre 1929 insbesondere sind die Drosselungen im Schulwesen so einschneidend geworden, dass man in Lehrerkreisen von einer Breitnerischen Schulreform spricht. Im Jahre 1929 wurde eine Reihe von Schulen aufgelassen, Klassen zusammengezogen, nicht weniger als 10.000 Kinder in fremde Schulen versetzt. Im Jahre 1930 erschien der berühmte Erlass über die Schaffung von Aushilfskräften. Im vorigen Jahre mussten die Lehrer nicht bloss die Gehaltskürzung auf sich nehmen, die Volksschullehrer wurden gezwungen, an den Hauptschulen Lehrdienst zu übernehmen. Die Rednerin beschäftigt sich sodann ausführlich mit einem im Juli dieses Jahres erschienenen Erlass, der neuerlich weitgehende Mehrdienstleistungen der Lehrer verfügt, und spricht in diesem Zusammenhang ihr Bedauern aus, dass für das Schulwesen nicht eine eigene Verwaltungsgruppe bestehe. Sie stellt den Antrag, es mögen sämtliche Angelegenheiten, die den persönlich

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XI. Blatt

Wien, am

und Sachaufwand für das Schulwesen betreffen in einer eigenen Verwaltungsgruppe unter dem Titel "Schulwesen" zusammengestellt werden. Der Erlass vom Juli des heurigen Jahres ist geeignet, aus dem lebendigen Organismus der Schule einen toten Mechanismus, einen Betrieb am laufenden Band zu machen. Die Schulleiter werden, in kleineren Schulen zum Unterricht herangezogen, dafür wird ihnen die zugeteilte Personallehrkraft entzogen. Die Lehrverpflichtung der Lehrpersonen wird abermals und zwar auf 25 Stunden erhöht. Die Volksschule wird geradezu auf den Kopf gestellt, es wird ihr das genommen, was ihr Wesen ausmacht, das Klassenlehrersystem. In dem Erlass wird nicht mehr von Gegenständen, sondern von Stunden, von Unterrichts- und Reststunden gesprochen. Dass man die Lehrer so zu Stundenarbeitern degradiert, ist ein pädagogisches Verbrechen. Klassen und Schulen werden gekoppelt. Es gibt eine Schule, die mit 13 anderen gekoppelt ist, das heisst aus 13 anderen Schulen kommen ihr die Lehrkräfte zu. Es ist daher kein Wunder, dass der Stundenplan unmöglich wird. In einer Klasse muss zum Beispiel der Gegenstand Lesen auf zwei Lehrkräfte verteilt werden. Wohin ist der "Gesamtunterricht", auf den die Schulreform so stolz war, gekommen? Dass durch die Sparmassnahmen manches von der Schulreform begraben wurde, ist nicht zu bedauern. Zu bedauern ist es aber, dass durch solche Massnahmen der moderne Unterricht begraben wird. Auch den Hauptschullehrern wurde eine wesentliche Mehrdienstleistung zugemutet. Man hat sich in der Zeit der Schulreform viel auf die möglichste Gleichstellung der Hauptschule mit der Untermittelschule zugutegetan und den Eltern mehrere Fremdsprachen versprochen. Jetzt wird nur Französischunterricht erteilt und auch die Gruppen hierfür sind wesentlich eingeschränkt worden. In einer Schule haben sich 60 Kinder zum Fremdsprachenunterricht gemeldet und nur 42 wurden genommen. Die Fremdsprachengruppen sind ausserordentlich überfüllt. Ähnlich ist es mit der Stenographie. Diese Sparmassnahmen wirken sich ausserordentlich schlecht auf die Lehrpersonen aus. Es gibt z. B. eine Lehrerin, die die erste Unterrichtsstunde in der Hauptschule zu erteilen hat, in der Pause muss sie in eine Volksschule, dort eine Unterrichtsstunde erteilen und um 10 Uhr muss sie wieder in die Hauptschule zurück. ^{Durch} Solche Massnahmen wird der Idealismus und die Arbeitsfreude der Lehrerschaft erschlagen. Man hat es immer als Vorteil der Wiener Schulen hingestellt, dass in ihnen die Schülerzahl kleiner ist als in anderen Ländern. In Niederösterreich und in anderen Bundesländern gibt es Klassen, die sehr stark, aber auch solche, die ausserordentlich schwach besetzt sind und gerade Niederösterreich, das so oft angezogen wird, ist beispielgebend durch seine Sorge für die Schule und namentlich auch für die Junglehrer. Man sagt, dass die finanziellen Mittel nicht ausreichen, um Lehreranstellungen vorzunehmen. Der Betrag von 842.000 Schilling, der auch im heurigen Budget für die Gemeindegewache eingesetzt ist würde ausreichen, um 300 Junglehrer anzustellen. Auch die Mehrzahl der soz. dem. Lehrkräfte steht diesen Sparmassnahmen ablehnend gegenüber und die nicht marxistische Lehrerschaft hat es an Protestaktionen und auch an Vorschlägen nicht fehlen lassen.

Die Rednerin beantragt, zur Beseitigung des drückenden Beherermangels unverzüglich Junglehrer anzustellen, zur Behebung der Junglehrer-not für den Fremdsprachenunterricht an städt. Hauptschulen stellenlose Volks- und Hauptschullehrer, die die vorgeschriebenen Prüfungen für das Lehramt in Fremdsprachen haben, anzustellen, sie beantragt ferner

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XII. Blatt

Wien, am

die Schaffung einer eigenen Personalvertretung für die Lehrer und die Eliminierung des Artikels 3 des Ehrenerdienstgesetzes.

Der Lehrer an den Wiener Schulen ist zum Stundenarbeiter degradiert worden. Gesichtspunkte einer kapitalistischen Betriebsart sind an die Stelle pädagogischer und pädagogischer Erfordernisse getreten. Die Sparmassnahmen des Finanzreferenten, des Personalreferenten und der Schulverwaltung haben dahin geführt, dass die Verhältnisse an den Wiener Schulen unerträglich geworden sind, und die führenden Männer haben den heroischen Ruhm, an den Ruin des Wiener Schulwesens gearbeitet zu haben.
(Beifall bei den Christl. soz.)

GR. Dr. Riehl (nat. soz.) weist darauf hin, dass besonders die Avancementverhältnisse der unteren Kategorien der städt. Angestellten sehr ungünstige sind, während in den höheren Gruppen und insbesondere aus den juristisch gebildeten Beamten der leitenden Stellen des Magistrates eine Prätorianer - Garde geschaffen wurde, die gegen sehr viel Geld ihre Kenntnisse dahin ausnützt, um die Herrschaft der soz. dem. Partei innerhalb der Beamtenschaft mit allen Feinheiten zu erhalten. Besonders benachteiligt ist eine Kategorie von Beamten, die nicht nur beim Bund und in den anderen Bundesländern, sondern auch in allen Staaten Mittel- und Westeuropas eine durchaus gerechtfertigte Begünstigung genießt, das sind die Beamten, die eine Militärdienstleistung aufzuweisen haben. Er beantragt, den Gemeindeangestellten einschliesslich der Lehrpersonen, die nach dem 31.7. 1914 in den Dienst der Gemeinde übernommen worden sind oder in Zukunft übernommen werden, die während des Krieges, in der Volkswehr und im Bundesheer zugebrachte Dienstzeit für die Erlangung höherer Bezüge sowie für die Ruhegenussbemessung anzurechnen.

Der Redner kritisiert/ ^{den § 20 der} Dienstordnung für die Angestellten der Stadt Wien, dessen Kautschukbestimmungen die Gefahr politischer Massregelungen möglich machen. Während nach dem zwingende Bestimmungen des Artikels 7 der Bundesverfassung die Politischen Rechte der öffentlichen Angestellten in keiner Weise eingeschränkt werden dürfen, bestimmt der § 20 der angeführten Dienstordnung, dass ein Angestellter, der eine der demokratisch-republikanischen Staatsform feindliche Tätigkeit oder Propaganda entfaltet, ein Dienstvergehen begeht, das ohne Rücksicht auf eine etwaige gleichzeitige gerichtliche Verfolgung zu ahnden ist. Nach den Anschauungen sämtlicher Rechtsgelehrter der Mittel- und westeuropäischen Staaten kann eine dem Staat oder der Staatsform feindliche Betätigung nur dann geahndet werden, wenn eine Tathandlung begangen wird; hier kann aber schon eine Propaganda bestraft werden. Natürlich braucht der betreffende Beamte nicht in Untersuchung oder in ein Disziplinarverfahren gezogen werden, sondern man kann ihn in anderer Weise schikanieren. Selbst ein Gesinnungsgenosse der soz. dem. Partei hat diese Bestimmung als eine Gefahr für die politische Freiheit der Beamten bezeichnet. Das Bundesverfassungsgesetz sagt ferner in Artikel 20, dass ein Beamter zur Geheimhaltung nur insofern verpflichtet ist, als es sich um Dinge handelt, die im Interesse der betreffenden Gebietskörperschaft geheim gehalten werden soll. In ^{Wiener} Rathäusern werden aber die Beamten von den Vorständen und sogar von den amtsührenden Stadträten strengstens darauf aufmerksam gemacht, dass sie Leuten, die mit unserer Gemeinderatsfraktion in Verbindung stehen, nichts zu erzählen haben. Wo bleibt das Versprechen des Herrn Bürgermeisters, er würde eher seine Stelle niederlegen, als dulden, dass unter den städt. Beamten ein

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XIII. Blatt

Wien, am

Terror zu Gunsten einer Partei geübt wird? Die Gemeindeverwaltung hat ein Recht, von allen Beamten im Dienst strengste Unparteilichkeit und ein unpolitisches Verhalten zu verlangen, aber eine Ueberprüfung der Beamtenschaft ausserhalb des Dienstes in Bezug auf ihre Vereins- oder Propagandatätigkeit ist nichts anderes als eine unverhüllte Parteiherrschaft, gegen die wir uns mit allen Mitteln zur Wehr setzen werden. (Beifall bei den Nat. soz.)

GR¹/₂ Holaubek (Christl. soz.) bemerkt, wenn der Terror, der gegen die städt. Angestellten früher geübt worden ist, etwas nachgelassen habe, so sei das nicht ein Verdienst der sozialdemokratischen Partei, der Direktoren und Vorstände, sondern ein Verdienst der Angestellten, die sich durch den Terror nicht beugen liessen. Nichtsdestoweniger sind auch heute noch Vorfälle zu verzeichnen, die Terror genannt werden müssen. Dazu gehören insbesondere die Wahlen bei den städt. Strassenbahnen, bei denen das Mogeln beinahe das Entscheidende ist. Die Wahlvorschriften verlangen den Aufdruck einer Stampiglie auf den Stimmzetteln, der von den Vertrauensmännern erteilt wird. Um diesen Unfug aus der Welt zu schaffen, beantragt der Redner eine Aenderung der Wahlordnung in dem Sinne, dass die Notwendigkeit des Aufdruckes einer Stampiglie zu entfallen hat.

In einer Sitzung der Personalvertretung der Strassenbahnbeamten hat Direktor Resch erklärt, das Defizit betrage 25 Millionen Schilling, daher seien Sparmassnahmen unvermeidlich und es bestehe die Gefahr, dass in Hinkunft alle Zulagen und Ueberstundengebühren entfallen werden. Um das Defizit zu decken, ist es absolut nicht notwendig, die Löhne und Gehälter der Angestellten zu kürzen. Es gäbe eine Reihe von Möglichkeiten, die zur Verminderung des Defizites herangezogen werden könnten. Der Strassenbahnverkehr in Wien ist heute schon ein Skandal. Es müsste eine kürzere Zugfolge eintreten, es müsste wieder der Zonentarif geschaffen werden, dann würde die Frequenz eine Steigerung erfahren und es würden mehr Einnahmen einfliessen als bei dem heute nur notdürftig aufrecht erhaltenen Verkehr. Der Redner zitiert die Kölnische Verkehrsrundschau, in der berichtet wird, dass zur Hebung der Frequenz Umstellungen in den Strassenbahnbetrieben vorgenommen werden müssen, dass den Kurzfahrern entgegengekommen werden müsse. So hat Frankfurt a.M. die Zugintervalle von 8 auf 6 Minuten herabgesetzt und lässt jetzt auch statt der Dreiwagen-Züge nur Zweiwagen-Züge verkehren, da damit auch eine schnellere Fahrtmöglichkeit gegeben wird. Der Fahrgast will ja nicht nur bequem, sondern auch schnell befördert werden. Von allen diesen Dingen aber will die Direktion der Wiener städt. Strassenbahnen nichts wissen, sie geht lieber daran, die Gehälter und Löhne der Angestellten zu kürzen als durch zweckentsprechende Massnahmen die Frequenz zu beleben. Eigentümlich ist es, dass in der Zeit des wachsenden Defizites die Hauptkasse der städt. Strassenbahnen von der Rahlgasse in die Direktion in die Favoritenstrasse übersiedelt wird, was ja mit beträchtlichen Kosten verbunden ist. Ich richte an den Referenten die Anfrage, ob es wahr sei, dass in der Strassenbahndirektion Rechenmaschinen amerikanischer Herkunft verwendet werden, deren Miete 3000 Schilling monatlich kostet. Schliesslich beschäftigt sich der Redner mit den Disziplinausschüssen und stellt den Antrag, für die Wahlen in die Disziplinarkommissionen der Bediensteten, Arbeiter und Angestellten der Wiener städt. Strassenbahnen an Stelle des Mehrheitswahlrechtes das Verhältniswahlrecht einzuführen. (Beifall bei den Christl. soz.)

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XIV. Blatt

Wien, am

GR. Dr. Suchenwirth (nat. soz.) bemerkt, gestern habe der talmudische Grossmeister der sozialdemokratischen Finanzpolitik in stolzen Worten erklärt, die Ausgaben für das Schulwesen seien heuer auf der gleichen Höhe gehalten wie in den Jahren vorher. In Wirklichkeit sind die Personalauslagen für die Schulen heute um 900.000 S geringer als im Vorjahr, obwohl durch die normale Vorrückung der einzelnen Lehrkräfte die Gebühren und damit der Gesamtbetrag höher sein müsste. Ist es vielleicht wirklich war, was als Gerücht verbreitet wird, dass man einen neuen Anschlag auf die Gemeinangestellten vorbereitet, indem man ihnen die begünstigte Anrechnung der Dienstjahre streichen will? Damit würde man der Gemeinde die Krone aufsetzen. Für den Stadtschulrat schwelgen die Ausgaben allerdings von Jahr zu Jahr an. Von 182.000 S im Jahre 1925 sind die Kosten heuer auf ungefähr 700.000 S gestiegen. Der Stadtschulrat hat nicht weniger als 108 Sitze aufzuweisen, der Gemeinderat hat nur 100 Vertreter. Der Stadtschulrat leistet sich also ein ganzes Parlament mit hohen Sitzungsgeldern, aber ein Parlament in der famossten Zusammensetzung. Da gibt es 18 Vertreter der Lehrerschaft, dagegen 40 Politiker, die der Gemeinderat hineinschickt und damit ja die rote Mamelukenzüchtereier auf die Spitze getrieben wird, werden auch noch 20 Rote vom Stadtschulrat hineingeschickt. Ihre Personalpolitik kann alles weniger als anständig genannt werden. Im Jahre 1932 haben Sie bei der Bestellung der provisorischen Leiter eine ausgesprochen politische Einstellung bekundet. Sie haben zu Leitern an den Hauptschulen 14 Sozialdemokraten, an den Volksschulen 30 Sozialdemokraten ernannt. Da wurde ein Herr Kuldar zum prov. Leiter ernannt, obwohl er in den letzten Jahren nur die Klassifikationsnote 2 gehabt hat. Er ist aber ein guter Freund des Herrn Enslein vom Zentralverein. Dazu hat der Mann eine Ohrfeigenangelegenheit in der Schule gehabt, die niedergeschlagen wurde. Dagegen hat man einen Lehrernationaler Einstellung nicht zum Leiter ernannt, obwohl er die Klassifikation 4 hat, obwohl er seinerzeit den Schulgarten angelegt und sich in Fachzeitschriften bewährt hat. Man hat einen Herrn Kan, zum Leiter ernannt, offenbar weil er eine besondere Befähigung hat. Er hat nämlich seinen Schülern das Waschen in der Schule beigebracht, hat den Waschtrog mitgebracht, die Kinder waschen lassen und die Fetzen aufhängen lassen. Sie sollten dieses Genie Herr Stadtrat zu Ihrem Adlatus machen, damit er Ihnen hilft, die Moorenwäsche Ihrer Personalpolitik im Gemeinderat reinzuwaschen (Lebh. Beifall b. d. Nat. soz.). Haben Sie, Herr Stadtrat, nicht in einer anständigen Stunde eine Gewissensregung gehabt, Sie, der ehemalige Lehrer, der Intimus des Bürgermeisters, die Sie beide sich immer gegen die Vergewaltigung der Lehrer gewendet haben? Sie haben eine ganz peinliche Entwicklung durchgemacht und verleugnen das, wogegen Sie einmal aufgetreten sind. Warum sagen Sie im Voranschlag nicht wie hoch die Geldposten für die Auszeichnungen sind, für die gewissen Stufenvorrückungen, die in die Pension eingerechnet werden? Mit diesen Schwindelgeldern haben Sie alle Ihre roten Parteifreunde versorgt. Man schaffe die Auszeichnungsschweinerei ab und man stelle aus den dadurch ersparten Geldern Junglehrer an. Während man bei den deutschen Schulen so liebevoll spart, während man ungefähr 15 Schülen in Wien zugesperrt und nur eine neu erbaut hat, hat man zu derselben Zeit der tschechischen Bevölkerung ein Geschenk gemacht. Nach dem Vertrag von Lana ist die Gemeinde verpflichtet für Schulkinder österreichischer Staatsbürgerschaft tschechischer Nationalität eine Schulklasse zu eröffnen. In den deutschen öffentlichen Schulen sitzen 39 Kinder in einer Klasse, in den tschechischen nur 28, wobei man gar nicht überprüft, ob die Kinder Kinder österreichischer

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XV Blatt

Wien, am

Staatsbürger sind. Man könnte sofort 10 Klassen der tschechischen Schulen ersparen, wenn man ihre Schülerzahl der Schülerzahl der deutschen Schulen anpassen würde. Für die Ersparnis könnte man sofort Junglehrer anstellen. Sie fördern auch noch das Privatschulwesen der Komenzkyvereine, Sie haben ihnen die öffentlichen Schulen ausgeliefert. In der Hainburgerstrasse im III. Bezirk hat man es dem deutschen Turnverein verweigert, den Turnsaal eine Stunde länger zu benützen, weil die öffentliche Gemeindeschule dem tschechischen Schulverein Komenzky verpachtet worden ist. Sie, Herr STR. Speiser, der die malige Lehrer haben kein Auge dafür, dass die Lehrerschaft heute unter ganz anderen Verhältnissen arbeiten muss als vor dem Kriege (Zwischenrufe) -

GR. Mühlberger ruft zu den soz. dem. Bänken: Der Jud soll die Goschen halten!

Vorsitzender Dr. Neubauer ruft den GR. Mühlberger zur Ordnung.

GR. Mühlberger: Da hat überhaupt kein Jud zu reden!

GR. Rotter: Sie können keinen ^{der} Vorsitz führen!

Vorsitzender Dr. Neubauer ruft GR. Rotter zur Ordnung. (Lebh. Zwischenrufe. - Rufe bei den Nationalsozialisten: Warum wird der andere nicht zur Ordnung gerufen? Rufen Sie ihn auch zur Ordnung?)

Vorsitzender Dr. Neubauer: Wenn ich aus dem stenogr. Protokoll ersehe, dass ich Anlass zum Einschreiten habe, werde ich es tun.

GR. Dr. Suchenwirth: Es ist in dieser Stadt sogar möglich, dass Schulkinder an öffentlichen Schulen mit drei Pfeilen erscheinen. Es gibt sogar Schulen, wo die Schuldiener in der Schutzbunduniform aufgetreten sind, wo die Kavaliere, weil ich nicht sagen möchte Plattenbrüder in Schutzbunduniform aufgetreten sind.

Vorsitzender Dr. Neubauer ruft GR. Suchenwirth zur Ordnung.

GR. Dr. Suchenwirth setzt seine Rede fort und wird vom Vorsitzenden Dr. Neubauer das zweitemal zur Ordnung gerufen. Er sagt darauf: Ich mache ^{die aufmerksamen} Sie Oberfaulenzler.... Vorsitzender Dr. Neubauer ruft den GR. Dr. Suchenwirth zum drittenmal zur Ordnung, und macht ihn aufmerksam, dass er bei einem nochmaligen Ordnungsruf bemüssigt wäre, das Disziplinarverfahren gegen ihn einzuleiten. (Zwischenrufe bei den Nat. soz..)

GR. Mühlberger: Sie Oberfaulenzler!

Vorsitzender Dr. Neubauer: Ich rufe Sie wegen dieses Ausdrucke zur Ordnung.

GR. Mühlberger: Es ist aber wahr!

Vorsitzender Dr. Neubauer: Zäh rufe Sie nochmals zur Ordnung.

GR. Mühlberger: Es ist wahr:

Vorsitzender Dr. Neubauer: Ich rufe Sie nochmals zur Ordnung.

GR. Dr. Suchenwirth. In der Schule in der Steinwächnerstrasse musste eine pflichttreue Lehrerin auf Weisung des Schulwarts den Turnunterricht vorzeitig schliessen weil eine sozialdemokratischen Organisation ihn in dieser Zeit benützt. Was die Sozialdemokraten aus der Schule gemacht haben, ist das Spiegelbild ihrer marxistischen Denkweise. Heute lebt dort der Geist, der Verrat, der Lüge und Heuchelei. Die Parole der unterdrückten Lehrerschaft, der denkenden Eltern, die ihre Kinder zu anständigen deutschen Menschen erzogen haben wollen, lautet: die freie deutsche Schule im dritten deutschen Reich (Lebh. Beifall b. d. Nat. soz.).

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XVI. Blatt.

Wien, am

STR. Speiser bemerkt in seinem Schlusswort, dass für die städt. Angestellten, die sich während des Krieges Verletzungen zugezogen haben, durch Gemeinderatsbeschluss vom März 1921 eigene Bestimmungen geschaffen worden sind. Alle Angestellten-Organisationen haben Gelegenheit, ihr Koalitionsrecht auszuüben. Die Behauptung, dass Auszeichnungen nur an Sozialdemokraten verliehen werden, ist unrichtig, die ausserturlichen Beförderungen wirken dienslich sehr gut und es ist nur zu wünschen, dass verdienstvolle Beamte, wenn es die finanzielle Lage gestattet, bessere Vorrückungsmöglichkeiten erhalten. Der Verschuldung der städt. Angestellten wirkt die Darlehensstelle in vorbildlicher Weise entgegen. Die Intensivierung der Arbeit aller städt. Angestellten, also auch der Lehrer, hat es mit sich gebracht, dass die Gemeinde Wien nicht zu jenen Gehaltskürzungen schreiten musste, die in anderen Körperschaften an der Tagesordnung sind.

Zu den Anträgen des GR. Scholz auf Herabsetzung der Bezüge aller Funktionäre um 50 Prozent und auf Einstellung der freien Fahrtausweise stellt der Redner fest, dass der gegenwärtige Bürgermeister die Hälfte der Bezüge eines Bürgermeisters der Vorkriegszeit hat, dass die amtsführenden Stadträte im Jahre 1931 selbst eine Kürzung ihrer Bezüge um 20 Prozent verlangt haben und dass die Bezüge der amtsführenden Stadträte vielfach kleiner sind als die der ihnen unterstellten Beamten. Die Bezüge dieser Stadträte sind auch kleiner als die Bezüge gleichartiger Funktionäre in vielen kleineren deutschen Städten, unter welchen Funktionären sich auch sehr viele Mitglieder der nat. soz. Partei befinden. Die freien Fahrtausweise sind durch die vielen Fahrten, die die Funktionäre im Gemeindeinteresse machen müssen, zur Genüge gerechtfertigt. Die Pension des Stadtrates Breitner wurde genau nach den Beschlüssen des Gemeinderates bemessen und entspricht den Normen, die für die städt. Angestellten gegeben sind. Der Pensionsbezug beträgt nach 10 Jahren Amtstätigkeit 50 Prozent der Bezüge und für jedes weitere Jahr 3 Prozent. Es ist selbstverständlich, dass auch für diese Pensionen die Pensionsbeiträge entrichtet werden. Die Bezeichnung des Verbandes der städt. Angestellten als gelbe Gewerkschaft, müsse Redner zurückweisen, weil er niemals mit einer in einem Abhängigkeitsverhältnis stehen den Gewerkschaft verhandeln würde. Es war seit jeher der Fall, dass Angehörige der verschiedenen Parteien und Gewerkschaften im Gemeinderat sitzen, was niemals zum Schaden, sondern immer zum Nutzen der betreffenden Angestellten-Kategorien gewesen ist.

Warum die Beurlaubung gerade des GR. Reder ^{von GR. Scholz} beanständet wurde, ist unverständlich, da bekanntlich die Mandatäre aller Parteien solche Beurlaubungen in Anspruch nehmen und in den Reihen der Opposition mindestens 3 Herren sitzen, die ebenfalls vom Dienst beurlaubt sind, (Hört-Hört bei den Soz. dem.); ich glaube sogar, dass sich der Herr Anfragesteller unter den Beurlaubten befindet. (Lebhafte Heiterkeit bei den Soz. dem.)

Es ist unrichtig, dass schon im vorigen Jahre eine Kürzung der Ueberstunden vorgenommen wurde. Wir bestreben uns ständig, die Ueberstundenleistungen überhaupt abzubauen, und wenn welche Leistungen abgebaut werden, fällt natürlich auch das Entgelt weg. Das ist ein Bestreben, das in der Zeit der grossen Arbeitslosigkeit nur allgemeine Sympathie finden kann. Die Tragdauer der Kleider wird nicht ab 1933 um ein Jahr verlängert, sondern die Vorlage beinhaltet, dass die Tragdauer für jede Kleidertypenart nur ein einziges Mal um ein Jahr verlängert wird. Die Frage der Heimkehrer ist von verschiedenen Rednern zur Sprache gebracht worden.

RATHAUSKORRESPONDENZ

XVII. Blatt.

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

Der Antrag auf Einrechnung der ^{Kriegsdienstzeit} kann aus finanziellen Gründen nicht angenommen werden. Die Gemeinde berücksichtigt aber die Interessen der Heimkehrer dadurch, dass sie alle jene Heimkehrer, die im späteren Jahren in den Dienst gekommen sind, bei ausserordentlichen Avantements nach Möglichkeit in erster Linie berücksichtigt. Was die Behauptung anbelangt, dass die ⁿ ^{besonders} bevorzugten Beamten durchwegs Sozialdemokraten sind, stelle ich ausdrücklich fest, dass ~~sie~~ unter den leitenden Beamten des Wiener Magistrates ein verhältnismässig kleiner Prozentsatz der sozialdemokratischen Partei angehört. Wenn ein vollständiges Verzeichnis der tüchtigen und bevorzugten Beamten aufgestellt wird, werden Sie finden, dass die Mehrheit nicht der sozialdemokratischen Partei angehört. (GR. Dr. Suchenwirth (nat. soz.): Aber nicht Lehrer !) Ich stelle ausdrücklich fest, dass die Mitglieder des Zentralvereines unter den Ausgezeichneten kaum die Hälfte ausmachen. Die Verlängerung der Dienststunden ~~um~~ von 6 auf 7 ist nicht nur bei der Gemeinde, sondern in allen öffentlichen Anstalten, Betrieben und Aemtern erfolgt. Was die Pensionsbemessungsgrundlage anbelangt, so ist festzustellen, dass die ~~städt.~~ städt. Angestellten auch in dieser Hinsicht besser behandelt werden als alle anderen öffentlichen Angestellten. Auch die Behauptung, dass die Bezüge um einen halben Monatsgehalt und ausserdem um 10 Prozent gekürzt worden seien, ist unrichtig, Es ist insgesamt ein 6 Prozentiger Gehaltsabbau erfolgt, also ein geringerer Abbau als bei den Bundeangestellten und insbesondere bei den Bundesbahnangestellten.

RATHAUSKORRESPONDENZ

XVIII Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

Der Herr GR. Dr. Riehl hat eine Anzahl von städtischen Juristen als Prätorianer bezeichnet, die für die politische Verwaltung Spitzeidienste leisten. Ich muss von dieser Stelle aus diesen Vorwurf auf das schärfste zurückweisen. Der § 20, Absatz 1 der Dienstpragmatik steht nicht im Widerspruch zur Bundesverfassung und die Befürchtungen des GR. Dr. Riehl sind vollkommen unbegründet. Auf die Ausführungen des GR. Holaubek erwidert der Referent, dass er schon wiederholt festgestellt hat, dass es unter seiner Amtsführung bei den städtischen Angestellten niemals einen Terror gegeben habe. Es ist richtig, dass die Direktion der städtischen Strassenbahnen Rechenmaschinen in Miete benützt; diese Maschinen werden von den Firmen nicht verkauft, sondern nur gegen Miete abgegeben. Die Verlegung der Hauptkasse der städtischen Strassenbahnen hat nicht, wie GR. Holaubek gesagt hat, 600.000 S gekostet, sondern nur einen Betrag, der mit dieser Summe in gar keinem Vergleich steht. Ueberdies werden durch die Verlegung der Hauptkasse eine dauernde Vereinfachung und verschiedenartige Ersparungen erzielt. GR. Suchenwirth hat heute seine Rede in dem bei ihm üblichen Ton gehalten. Er möge nicht glauben, dass ich mich durch Anschreien oder durch beleidigende Aeusserungen irgendwie betroffen fühle. Ich brauche den Rat des GR. Suchenwirth, ich möge in mein Gewissen gehen, nicht. Jemand der eine solche Agitation macht und in diesem Ton redet, täte am besten, bei sich Einker zu halten. (Lebh. Beifall b. d. Mehrheit). Da ich Amtsperson bin, will ich trotzdem auf die gestellten Anfragen eingehen. Stadtrat Speiser gibt sodann eingehende Aufklärung über die Sparmassnahmen im Schulwesen und teilt mit, dass die angeblich hohe Sitzungsgebühr des Stadtschulrats 3 Schilling betrage. Dass die Gemeinde den tschechischen Schulen eine Unterstützung zuteil werden lässt, ist ganz unrichtig. In den letzten 10 Jahren waren 9.743 ausländische Kinder in den tschechischen Gemeindeschulen, dagegen 11.000 Kinder österr. Staatsbürger in den tschechischen Privatschulen sodass das Abgehen von dem Staatsvertrag für die Gemeinde Wien mit einem ausserordentlichen Vorteil verbunden ist. Ausserdem sei mitgeteilt, dass sowohl die Zahl der tschechischen Schulklassen, wie der Schulkinder zurückgegangen ist. STR. Speiser behält sich vor, auf die Darlegungen der GRtin Schlösinger beim Kapitel Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten ausführlich zurückzukommen (Lebh. Beifall b. d. Spz. dem.)

Bei der Abstimmung wird der Voranschlag der Verwaltungsgruppe I angenommen, die in der Debatte gestellten Anträge abgelehnt mit Ausnahme der Anträge Stöger, Schlösinger (Behebung der Junglehrernot und Schaffung einer eigenen Verwaltungsgruppe für Schulwesen) und Holaubek (betreffend Disziplinarkommission), die der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen werden.

Schluss der Sitzung 22 Uhr 15.

Bogenabfertigung 22 Uhr 21